



Der Minister

Ministerium für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und
Handwerk des Landes Nordrhein-Westfalen, 40190 Düsseldorf

An den
Vorsitzenden des
Ausschusses für Wirtschaft, Energie,
Industrie, Mittelstand und Handwerk
des Landtags Nordrhein-Westfalen
Herrn Georg Fortmeier MdL
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf



29. Juni 2013

Seite 1

Aktenzeichen

(bei Antwort bitte angeben)

Telefon 0211 837 - 2531

**Sitzung des Ausschusses Wirtschaft, Energie, Industrie,
Mittelstand und Handwerk am 03. Juli 2013**
TOP 9: Sachstandsbericht zum „newPark/Opel“

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

die Fraktion der CDU hat zur o.g. Sitzung um einen schriftlichen
Sachstandsbericht zum Thema „newPark/Opel“ gebeten.

Als Anlage übersende ich Ihnen 60 Exemplare mit der Bitte, diese an
die Mitglieder des Ausschusses für Wirtschaft, Energie, Industrie,
Mittelstand und Handwerk weiterzuleiten.

Mit freundlichen Grüßen

Garrelt Duin

Dienstszitz:
Horionplatz 1
40213 Düsseldorf

Dienstgebäude:
Horionplatz 1
40213 Düsseldorf
Telefon 0211 837-02
Telefax 0211 837-2200
poststelle@mweimh.nrw.de
www.mweimh.nrw.de

Öffentliche Verkehrsmittel:
Straßenbahnlinien 704, 709,
719 bis Haltestelle
Poststraße

1. Hat die Landesregierung mittlerweile eine Entscheidung über die Bewilligung der Landesbürgerschaft getroffen?

2. Wenn ja: Wie sieht die Entscheidung aus?

3. Wie begründet die Landesregierung diese Entscheidung?

Die Fragen 1 – 3 werden zusammen beantwortet.

Die Landesregierung hat noch keine Entscheidung über die Bewilligung der Landesbürgerschaft getroffen.

4. Wenn nein: Welche Gründe liegen vor, dass die Landesregierung aktuell immer noch nicht über die Bewilligung einer Landesbürgerschaft entscheiden kann?

5. Welche weiteren Prüfschritte sind seitens der Landesregierung vorgesehen?

Die Fragen 4 und 5 werden zusammen beantwortet.

Die newPark GmbH hat eine Kosten-Nutzen-Analyse für das Projekt beauftragt. Die Prognos AG wird die Kosten-Nutzen-Analyse Ende Juni/ Anfang Juli 2013 vorlegen. Darüber hinaus wird eine Stellungnahme eines Wirtschaftsprüfers zur Bürgerschaftsübernahme erfolgen.

Die Landesregierung wird diese Unterlagen auswerten und in ihre Entscheidung einfließen lassen.

Darüber hinaus geht die newPark GmbH von der Fertigstellung der FFH-Verträglichkeitsstudie bis Ende August 2013 aus.

6. Bis wann will die Landesregierung Ihre Prüfung abschließen?

7. Wann ist mit einer Entscheidung der Landesregierung über die Landesbürgerschaft definitiv zu rechnen.

Die Fragen 6 und 7 werden zusammen beantwortet.

Die Landesregierung hat zugesagt im Sommer 2013 eine Entscheidung über die Landesbürgerschaft zu treffen und wird dann umgehend den Landtag hierüber informieren.

8. Welche Folge hat die bisher nicht erfolgte Erteilung einer Landesbürgerschaft für die Realisierungschancen des Projektes?

Das Projekt befindet sich derzeit noch in der Planungsphase. Die Gewährung der Bürgschaft ist daher für die Realisierung noch nicht erforderlich. Vielmehr entstehen durch den verzögerten Ankauf noch keine Zinslasten, die innerhalb der Bürgschaft aufgebracht werden müssten und den Finanzrahmen weiter einengen würden.

Es wird von Seiten der Landesregierung für unverzichtbar bewertet, belastbare Finanzierungsbausteine, Kenntnis über die planerischen Herausforderungen und eine realistische Zeitplanung zur Grundlage dieser Entscheidung zu machen. Soweit hier in der Planungsphase Anpassungsbedarfe entstehen, so u. a. durch die Rechtsprechung zum Immissionsschutzrecht, das Zinsniveau, die Möglichkeit zur Veräußerung von Teilflächen, die Förderzugänge oder die Ergebnisse von umweltschutzfachlichen Gutachten, so werden diese entsprechend Berücksichtigung finden.

Die Finanzierung der Projektgesellschaft wird über diesen Zeitraum durch eine Zuwendung des Landes mit EU-Mitteln sichergestellt.

- 9. In den vergangenen Monaten wurde mehrfach der Vorwurf erhoben, die Landesregierung habe entschieden, entweder das Kraftwerk Datteln IV oder den newPark zu realisieren. Eine Entscheidung über den newPark würde daher seitens der Landesregierung solange vertagt, bis eine Entscheidung über Datteln IV vorliegt. Auch wenn die Landesregierung diesen Vorwurf mehrfach zurückgewiesen hat, so erweckt sie durch die Verzögerung der Bewilligung den Anschein, dass es trotz vehementen Dementis eine entsprechende Vereinbarung gibt. Gibt es eine entsprechende Absprache der beteiligten Minister und/ oder der regierungstragenden Fraktionen?**

Nein.

Wenn nein: Wie will die Landesregierung den Eindruck zukünftig vermeiden?

Die Landesregierung sieht darüber hinaus kein Erfordernis, auf falsche Eindrücke zu reagieren.